

## Medienmitteilung

Thema	Parolen für die Abstimmungsvorlagen vom 25. November 2012
Für Rückfragen	Thomas Maier: 078 652 06 50 (Präsident glp Kanton Zürich)
Absender	Grünliberale Kanton Zürich Tel : 044 701 24 00 email : <a href="mailto:zh@grunliberale.ch">zh@grunliberale.ch</a> Website : <a href="http://www.zh.grunliberale.ch">www.zh.grunliberale.ch</a>
Datum	26. Oktober 2012

**Der kantonale Vorstand der Grünliberalen hat an seiner letzten Sitzung die Parolen für die vier kantonalen Abstimmungsvorlagen vom 25. November gefasst. Die Grünliberalen lehnen alle vier Vorlagen ab: Die «Prima-Initiative» verursacht hohe Kosten ohne einen klar ausgewiesenen Nutzen. Den Gegenvorschlag lehnen die Grünliberalen einstimmig ab, da er sämtlichen Harmonisierungsanstrengungen entgegen läuft. Auch die beiden Initiativen des Mieterverbandes empfiehlt die glp zur Ablehnung.**

### Nein zur «Prima-Initiative» und dem Gegenvorschlag des Kantonsrates

Die «Prima-Initiative» sieht die flächendeckende Einführung der Grundstufe im ganzen Kanton Zürich vor. Dies lehnen die Grünliberalen primär darum ab, weil der Nutzen der Grundstufe sehr umstritten ist und in keinem Verhältnis zu den entstehenden Kosten der Anpassung der Infrastruktur und der rund 350 neu dafür notwendigen Lehrerstellen steht.

Studien haben gezeigt, dass das Lernziel am Ende der 2. Klasse sowohl von den Kindern aus der Grundstufe wie auch von Kindern, welche den Kindergarten besucht haben, gleich gut erfüllt wird. Für das Projekt Grundstufe entstehen jedes Jahr Folgekosten in der Höhe von mindestens CHF 62 Millionen. Zusätzlich entstehen Kosten in den Gemeinden, welche ihre Schulräumlichkeiten an die Grundstufe anpassen müssen. Sowohl beim Kanton wie auch bei den Gemeinden ist die finanzielle Lage alles andere als rosig, wodurch sich solch massive Mehrkosten ohne ausgewiesenen Nutzen nicht rechtfertigen lassen.

Den Gegenvorschlag, der die Wahlmöglichkeit der Gemeinden vorsieht, lehnt die glp ebenso klar ab. Damit würde im Kanton Zürich ein Flickenteppich mit verschiedenen Kindergarten- und Schulorganisationen entstehen.

Der Vorschlag widerspricht den Bestrebungen, unser Schulsystem zu vereinheitlichen. Zieht eine Familie in eine Gemeinde mit einem anderen Schulsystem, müssten die Kinder zusätzlich zum neuen Umfeld auch einem Schulsystemwechsel gewachsen sein. Diese Errungenschaften der einheitlichen Schulmodelle wollen die Grünliberalen nicht aufgeben. Auch der Gegenvorschlag führt zudem zu Mehrkosten durch diese Schulgemeinden, welche sich für die Grundstufe entscheiden.

Statt immer neuer Reformen im Bildungssystem mit den entstehenden Mehrkosten möchte die glp den Lehrpersonen Raum geben für ihre Kernaufgabe – die Ausbildung unserer Kinder.

Bei der Stichfrage empfehlen wir aus finanzpolitischen Gründen den Gegenvorschlag des Kantonsrates.

### Nein zu den zwei kantonalen Volksinitiativen des Mieterverbandes

Mit der Volksinitiative «Rechtsschutz für alle (Mietgericht gebührenfrei)» wird gefordert, dass Verfahren vor dem Mietgericht gebührenfrei sind. Bereits heute ist die erste Anlaufstelle für Mietstreitigkeiten, die Schlichtungsbehörde, unentgeltlich. Der Gang zum Mietgericht ohne Kostenfolge würde zu zahlreichen gerichtlichen Verfahren führen – der Anreiz dazu, Bagatellfälle vor der Schlichtungsstelle einvernehmlich zu lösen, fällt dahin. Personen ohne genügende finanzielle Ressourcen können zudem bereits heute unentgeltliche Rechtspflege in Anspruch nehmen.

Ebenfalls zur Ablehnung empfiehlt die glp die Volksinitiative «Transparente Mieten (Offenlegung von Anpassungen bei Neuvermietung)». Die Wiedereinführung der Formularpflicht mit Informationen zur Höhe der vorherigen Miete ist ein bürokratischer Leerlauf. Erst 2003 hat die Stimmbevölkerung die Formularpflicht abgeschafft. Die Grünliberalen bezweifeln, dass die Einführung neuer bürokratischer Hürden eine mietzinsdämpfende Wirkung hat.